

Seminar: Modell ethischer Urteilsbildung. Grundpositionen und
ihre Anwendung auf medienethische Fragen
Semester: WS 2000/2001
Universität Siegen

Hausarbeit zum Thema: **Demokratie im Internet**

1. Einleitung	3
2. Das Demokratieprinzip	4
2.1 Demokratie im Internet	4
2.1.1 Der Zugang zum Netz	4
2.1.2 Anweisungsbefugnisse im Internet	7
2.1.3 Standortverteilung der Netzwerkcomputer	8
2.1.4 Eigentum an internet-relevantem technischen Instrumentari- um	9
2.1.5 Zugangsrelevante Sprachkenntnisse	9
2.1.6 Informations- und Kommunikationsfunktion des Internet	10
2.1.7 Organisationsfunktion des Internet	12
2.1.8 Politische Information und Kommunikation im Internet	16
2.1.9 Das Kräfteverhältnis von Staat und Bürgern im Netz	23
2.2 Öffentlichkeit und Demokratie	24
2.2.1 Konstitutionsmerkmale von Öffentlichkeit	25
2.2.1.1 Gleichheit aller Beteiligten	25
2.2.1.2 Beliebige Themen als Diskussionsgegenstand	27
2.2.1.3 Unabgeschlossenheit des Publikums	29
3. Fazit	31
4. Literaturverzeichnis	33

1. Einleitung

Während in der Öffentlichkeit jahrzehntelang die Bedeutung der klassischen Medien Print, Radio und Fernsehen für die Gesellschaft thematisiert wurde, ist im Laufe der letzten Jahre mehr und mehr das Medium Internet in das Zentrum des Interesses gerückt. Es hat sich dank der technologischen Entwicklung schneller als jedes andere Medium verbreitet und ist aus dem gesellschaftlichen, politischen und privaten Leben nicht mehr wegzudenken.

Geht man von der Funktion der Medien als vierter Gewalt in unserem demokratischen Staat aus, so käme folglich auch dem Internet die Rolle zu, die Judikative, Legislative und Exekutive in ihrem Streben nach Demokratie zu unterstützen. Kann das Internet per se als demokratisches Medium verstanden werden? Birgt es überhaupt demokratisches Potential und fördert die Demokratie im Staat oder wirkt es ihr möglicherweise sogar entgegen?

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, Ansatzpunkte zu diskutieren, die die von der Demokratie geforderten Prinzipien auf ihre Gültigkeit im Internet überprüfen. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die einzelnen Diskussionspunkte keineswegs absolute Geltung bezüglich der Frage nach dem Vorhandensein von Demokratie im Internet beanspruchen können. Vielmehr stellt die vorliegende Arbeit den Versuch dar, die sich meiner Meinung nach aus der aktuellen Internetentwicklung abzeichnenden *Tendenzen* möglichst breit und vielfältig darzulegen. Es soll deutlich gemacht werden, wie groß das Diskussionspotential um die Frage nach Demokratie im Internet und wie erheblich die Bandbreite der in diesem Zusammenhang zu berücksichtigenden Aspekte ist.

2. Das Demokratieprinzip

In der freiheitlichen Demokratie, die in der Bundesrepublik Deutschland Geltung hat, geht alle Staatsgewalt vom Volk aus und wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung und Rechtsprechung ausgeübt. Das Grundgesetz sieht vor, dass grundlegende staatliche Entscheidungen von der Mehrheit der Bürger getroffen werden, wobei diese Mehrheit aus einem freien, offenen, regelmäßig zu erneuernden Meinungs- und Willensbildungsprozess, an dem grundsätzlich alle wahlmündigen Bürger zu gleichen Rechten teilhaben können, hervorgegangen sein muss. Die freie Meinungsbildung des Volkes setzt voraus, dass die Bürger politische Gleichheit besitzen und sich Meinungen und Gegenmeinungen im politischen Raum frei entfalten können.¹ Entscheidungen müssen in einer Demokratie zum Wohle aller getroffen werden - was demnach auch die Berücksichtigung der Rechte und Interessen von Minderheiten beinhaltet.² Mit dem Begriff der Demokratie ist darüber hinaus die Anerkennung der Grundrechte (Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Glaubensfreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereins- und Koalitionsfreiheit, etc.) verbunden.³

2.1 Demokratie im Internet

2.1.1 Der Zugang zum Netz

Um eine funktionstüchtige 'elektronische Demokratie' - also eine Demokratie im Internet - zu gewährleisten, ist es zunächst einmal notwendig, dass prinzipiell jeder Bürger Zugang zum Netz hat, da nur so die Teilnahme aller am freien Meinungs- und Willensbildungsprozess möglich ist. Wie dem kürzlich erschienenen Weltarbeitsbericht 2001 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu entnehmen ist, verfügen bislang jedoch nur 5% der Weltbevölkerung über einen Internetzugang. Die Internet-Nutzung ist darüber hinaus extrem ungleich zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern verteilt: Von einer 'digitalen Spaltung' ist schon allein deswegen zu sprechen, weil neun von zehn Internetnutzern aus Industrieländern stammen, wobei nur ein Prozent auf Afrika und den Mittle-

¹ Vgl. Creifelds, Rechtswörterbuch, S. 295 f

² Vgl. Schwabe, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, S. 386 ff

³ Vgl. ebenda

ren Osten entfallen.⁴ Während vor allem in den westlichen Gesellschaften die Zahl der Web-User kontinuierlich steigt, stagniert, so 'Die Welt' vom 31.03.2001⁵, die Zahl in der südlichen Hemisphäre konstant bei nahezu null. Obgleich zu kritisieren ist, dass diese Untersuchungsergebnisse den Geltungszeitraum unerwähnt lassen und auch genauere Angaben zur Zahl der Internetnutzer zu vermissen sind, wird die starke Tendenz zur immer größeren Ungleichheit zwischen armen und reichen Ländern nachdrücklich deutlich: Zweit- und Dritte-Welt-Länder werden durch das Internet noch weiter in die Isolation getrieben, was unter anderem mit einer unvermeidbaren Abgrenzung vom Weltmarkt einhergeht.

Der bislang verhältnismäßig kleine Teil der Weltbevölkerung, der Internetzugang hat, zeichnet sich darüber hinaus dadurch aus, dass er meist aus bereits politisch Interessierten mit guter Ausbildung und höherem Einkommen besteht. Studien, die belegen, dass derzeit die Nutzung des Netzes in erster Linie von sehr gut ausgebildeten, aus den großen Industrienationen stammenden weißen, männlichen Mittelstands-bürgern zwischen 20 und 30 Jahren dominiert wird, lassen erkennen, dass sich das Gefälle nicht nur hinsichtlich der gesellschaftlichen und finanziellen Stellung sowie geographischen Situierung ergibt, sondern auch hinsichtlich des Alters und des Geschlechts.⁶

Den angeführten Studien zufolge ist das Internet nach wie vor ein elitäres Medium, das bislang nur von einer Minderheit genutzt wird. Allein aus diesem Grunde kann das Internet keineswegs per se als demokratisches Medium verstanden werden, welches 'allen eine gleichberechtigte Teilhabe' ermöglicht. Aktuelle Forschungsergebnisse bestätigen jedoch, dass die Zahl der Internetuser weltweit rasant steigt und sich das zuvor angeführte strukturelle Ungleichgewicht tendenziell immer mehr zugunsten einer ausgewogeneren Verteilung verschieben wird. Studien haben beispielsweise ergeben, dass die Zahl der Frauen am Netz mit 30,4% fast

⁴ Vgl. „ILO warnt vor der digitalen Spaltung. Weltarbeitsbericht: 95 Prozent der Weltbevölkerung ist noch ohne Zugang zum Internet“

⁵ Vgl. ebenda

⁶ Böhm/Hertewich, „Internet und Demokratie“, S. 5 ff (zit. n.: <http://alf.zfn.uni-bremen.de/~hboehm>, am 17.02.2001)

doppelt so hoch ist wie noch vor wenigen Jahren.⁷ Nach einer Studie des Marktforschungsinstitutes Netvalue ist in Deutschland die Generation der Frauen über 50 Jahren sogar die aktivste weibliche User-Gruppe.⁸ Was den Umgang der Kinder mit dem Internet betrifft, so ist zu betonen, dass inzwischen mehr als 37% der Kinder zwischen 6 und 12 Jahren die Möglichkeit haben, das Internet zu nutzen. 90% aller deutschen Schulen sind inzwischen am Netz, und anders als bei den Erwachsenen gibt es bei den Kindern fast ebenso viele weibliche wie männliche Nutzer.⁹

Dass bislang nur eine Minderheit der Frauen das Internet nutzt, liegt höchstwahrscheinlich daran, dass ihre Hemmschwelle zu sich schnell entwickelnden Technologien und zum Umgang mit dem Computer noch relativ hoch ist und des Weiteren für viele Frauen aufgrund der teilweise noch vorherrschenden Rollenverteilung wenig Raum zur Weiterbildung besteht bzw. bestand. Gerade weil beide Geschlechter jedoch heute schon in der Schule den Umgang mit dem Internet erlernen und zur Internetnutzung erzogen werden, wird der Prozentsatz der weiblichen und männlichen User in den heranwachsenden und darauffolgenden Generationen voraussichtlich nahezu identisch hoch ausfallen.¹⁰ Einer aktuellen Aussage des Zukunftsforschers MICHIO KAKU zufolge kann mittlerweile sogar davon ausgegangen werden, dass die Frauen die Männer als Nutzer im Jahr 2000 bereits überholt haben.¹¹ Wenn Aussagen und Studien wie diese auch keinesfalls von mir überprüfbar sind und ich die Annahme, dass zur Zeit mehr Frauen als Männer das Internet nutzen, aufgrund meiner Erfahrung als übertrieben einschätze, so lassen solche Forschungsergebnisse dennoch Aussagen über eine generelle Tendenz zugunsten einer ausgewogeneren Geschlechter- und Altersverteilung zu.

Die realweltliche Einteilung der Gesellschaft nach Geschlecht, Besitz und Alter, die sich trotz aller gegenläufigen Tendenzen zur Zeit noch immens im Internet widerspiegelt, geht unausweichlich einher mit einer extremen Ungleichheit bezüglich der politischen Partizipation im Netz. Die Teilnahme an Diskussionen und Entscheidungsprozessen bleibt einer

⁷ Vgl. Erling, „Die Chinesen schwelgen weiter im Internet-Rausch. Trotz staatlicher Kontrollen wächst die Online-Gemeinde rasant – Neue Studie“

⁸ Vgl. „Frauen über 50 surfen im Netz“

⁹ Vgl. „Mehr als jedes dritte Kind gehört zur I-Generation“

¹⁰ Vgl. Tornow, „Wir werden Organe züchten und Krebs heilen“

kleinen 'Elite' vorbehalten. Die Tatsache, dass nur ein verschwindend geringer Anteil der Weltbevölkerung Internetzugang hat und die realweltliche Ungleichheit auch im Netz vorherrscht, ist besorgniserregend: Solange nicht jeder Bürger Internetzugang hat und somit auch nicht alle Bevölkerungsschichten im Netz vertreten sind, bleibt eine repräsentative Demokratie, die ja gerade die Vertretung der Interessen *aller* verlangt, unerreichbar.

2.1.2 Anweisungsbefugnisse im Internet

Die Dachorganisation des Internet, das sogenannte 'Board of Trustees', das die gültigen Standards im Netz festlegt, setzt sich aus 15 Mitgliedern zusammen, wobei 9 aus den USA stammen, 3 aus Europa, 2 aus Japan und eines aus Mexiko.¹² In den von der Internet Society eingerichteten Expertenabteilungen herrscht ebenfalls absolute US-Dominanz. 10 US-Vertreter stehen 4 Boardmitgliedern aus dem Rest der Welt gegenüber. Dies bedeutet, dass die amerikanischen Konzerne an den Schalthebeln der Macht sitzen und darüber entscheiden, welche Technologien künftig in den globalen Datennetzen verwendet werden. Kritikermeinungen zufolge widerspricht diese US-Dominanz der Forderung nach Demokratie im Internet, da sie die globale Ungleichverteilung noch verstärkt und allen nicht-amerikanischen Ländern nur geringe bzw. keine Mitsprachemöglichkeit eingeräumt wird.¹³ Meiner Meinung nach darf die vorhandene US-Dominanz jedoch keineswegs pauschal als ungerecht und demokratiefeindlich verstanden werden. Im Rahmen der Argumentation muss berücksichtigt werden, dass die Internettechnologie selbst ihren Ursprung in Amerika hat und die US-Amerikaner gerade deshalb erstklassige Experten auf diesem Gebiet sind. Wenn sich eine Expertenabteilung der Wortbedeutung entsprechend aus Internetexperten zusammensetzt, dürfte es demnach auch nicht verwundern, dass die Expertenabteilung zu wesentlichen Teilen aus US-amerikanischen Profis besteht. Niemandem wäre

¹¹ Vgl. ebenda

¹² Vgl. Bühl, Die virtuelle Gesellschaft. Ökonomie, Politik und Kultur im Zeichen des Cyberspace, S. 311

¹³ Vgl. ebenda

beispielsweise damit gedient, einen Nichtfachmann aus einem bislang gar nicht oder nur sehr unzureichend vernetztem Land, der keine oder nur wenig Erfahrung im Umgang mit dem Internet besitzt, in das Gremium zu berufen. Vielmehr müssen Fachleute rekrutiert werden, deren Kenntnisse einer verbesserten Technologieentwicklung und einem optimalen Einsatz der technologischen Ressourcen zugute kommen. Die vorhandene US-Dominanz sollte demnach meiner Ansicht nach nicht als Monopolisierung missverstanden werden, die einer demokratischen Verteilung der Anweisungsbefugnisse entgegensteht, sondern vielmehr als logische Konsequenz aus der bislang größtenteils in Amerika erfolgten Internetentwicklung, deren Potential nicht zuletzt auch zum technologischen Fortschritt der anderen Länder beiträgt.

Wenn man bedenkt, dass das Wissen der anderen Länder im Bereich der Internettechnologie jedoch immer mehr zunimmt, müsste dies demzufolge bedeuten, dass die US-Dominanz im Laufe der nächsten Jahre abnehmen und sich der Einfluss anderer Staaten auf die Festlegung von Standards etc. ausweiten dürfte.

2.1.3 Standortverteilung der Netzwerkcomputer

Eine vorhandene Ungleichheit, die einer uneingeschränkten und gleichen Zugangsmöglichkeit aller entgegensteht, ergibt sich aus der weltweit und innergesellschaftlichen Verteilung der Standorte der Netzwerkcomputer. Während ganze Kontinente und geopolitische Großräume ausgeblendet bleiben, werden hingegen in lokaler und globaler Sicht schon vorhandene Knoten und Routen hoher Kommunikationsdichte noch verstärkt. Das Internet als demokratisches Medium jedoch müsste sich vielmehr um eine technologische und kommunikative Angliederung der noch nicht erschlossenen Gebiete bemühen.¹⁴ Erst wenn sämtliche Gebiete vernetzt sind und eine optimale technologische Anbindung aller Bürger durch dezentralisierte Netzwerkverteilung gewährleistet ist, sind die grundlegenden Voraussetzungen für eine Demokratie im Internet erfüllt.

¹⁴ Vgl. Rilling, „Auf dem Weg zur Cyberdemokratie?“ S. 9 (zit. n.: <http://www.bdwi.org/bibliothek/cyberdemokratie-text.html>, am 28.01.01)

2.1.4 Eigentum an internet-relevantem technischen Instrumentarium

Ebenso alarmierend dürfte der Blick auf das Eigentum an Übertragungsnetzen, Routern, Operationssystemen, Servern usw. sein. Analog zur historischen Entwicklung der politischen Ökonomie der Massenmedien Print, Radio und Fernsehen entwickelt es sich vom öffentlichen und privaten Kleineigentum zum monopolförmigen Großeigentum.¹⁵ Durch die ungleiche und somit undemokratische Verteilung der Zugänge zu Bandbreiten und Übertragungsgeschwindigkeiten ist somit auch die Möglichkeit einer gleichberechtigten Teilnahme aller an hochschwelligem Netzkreisläufen nicht gegeben.¹⁶

2.1.5 Zugangsrelevante Sprachkenntnisse

Da es sich beim Internet um ein grenzüberschreitendes Medium handelt, haben Internet-User aufgrund der internationalen Informations- und Kommunikationsangebote verstärkt mit sprachlichen Problemen zu kämpfen. Die englische Sprache übernimmt die Oberhand und das Beherrschen dieser wird zur Voraussetzung zum Lesen vieler Texte bzw. zur Teilnahme an internationalen Chats etc.¹⁷ Wenngleich Englisch in vielen Ländern im Rahmen der Schulausbildung gelehrt wird und somit immer mehr zur 'Weltsprache' avanciert, die eine Kommunikationsbasis für viele Nationen bietet, ist auch heutzutage noch ein Großteil der Weltbevölkerung der englischen Sprache nicht mächtig, wodurch sich für viele aufgrund dieser Sprachbarriere ein Kommunikations- und Partizipationsproblem ergibt. Selbst wenn also die gesamte Welt Internetzugang besäße, könnte sie ihre demokratischen Rechte auf Meinungsfreiheit, Kommunikationsfreiheit etc. nur in dem Maße nutzen, in dem sie der englischen bzw. der jeweils geforderten Sprache mächtig ist.

2.1.6 Informations- und Kommunikationsfunktion des Internet

¹⁵ Vgl. ebenda

¹⁶ Vgl. ebenda

¹⁷ Vgl. ebenda

Individuelle Informationsaneignung

Das prägende Charakteristikum der computervermittelten Kommunikation ist vor allem die potenzielle Ansprache aller Internetrezipienten, welche nach eigenen Interessen Informations- und Kommunikationsangebote auswählen bzw. zusammenstellen können. Die individuelle Weiterverarbeitung der Informationen ist von den jeweiligen Nutzern abhängig; die medialen Wirkungen sind folglich zunächst unbestimmt.¹⁸ Aus unzähligen Internetseiten kann sich jeder User frei und gleichberechtigt bedienen. Die Grundvoraussetzung für jede Meinungsbildung - die Verfügbarkeit vielfältiger Informationen und Meinungen - ist somit, zumindest bei den 5% der Weltbevölkerung mit Internetzugang, grundsätzlich gegeben.

Individuelle Kommunikationsmöglichkeit

Während Massenmedien - 'Einer-an-Viele-Medien' - an einem Ort produziert werden, der Kommunikationskanal also nur eine Richtung hat, und die Abnehmer nur empfangen, nicht aber auf das einwirken oder das verändern können, was ihnen angeboten wird, ist das Internet ein interaktives Medium, das eine Zweiwegkommunikation erlaubt.¹⁹ Beim Internet handelt es sich um ein dezentrales Viele-an-Viele-Medium, durch das große Gruppen von Menschen mit anderen großen Gruppen effektiv kommunizieren können. Der Benutzer ist demnach nicht nur Abnehmer, also Informationsrezipient, sondern als aktives und individualisiertes Element in den Kommunikationsprozess integriert. Er ist gleichzeitig Informationskonsument und -produzent und kann an einem intensiven und darüber hinaus nicht hierarchisch vorgefilterten Meinungsaustausch teilnehmen. Demzufolge kann, so die Argumentation der Befürworter der Internetdemokratie, mit Hilfe der Internettechnologie eine beteiligungsstarke und kreative Mitwirkungsdemokratie erreicht und somit die durch herkömmliche Massenmedien geprägte Trend zur passiven Zuschauerdemokratie überwunden werden.²⁰ Damit erzeugt das Internet die demokratieförderliche Wirkung, die sich bereits BERTOLT BRECHT in den dreißi-

¹⁸ Vgl. Ludwig, „Öffentlichkeitswandel durch Gegenöffentlichkeit? Zur Bedeutung computervermittelter Kommunikation für gesellschaftliche Emanzipationsprozesse“, S. 188

¹⁹ Vgl. Rötzer, „Interaktion - das Ende herkömmlicher Massenmedien“, S. 74 f

²⁰ Vgl. Rötzer, „Interaktion - das Ende herkömmlicher Massenmedien“, S. 69

ger Jahren vom Radio erwünschte: sein Ziel war es, den Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln.²¹

Besonders Chatforen bieten im Rahmen der Internetkommunikation die Möglichkeit zum intensiven Austausch über bestimmte Themen und können so einen erheblichen Beitrag zur Meinungsbildung leisten. Indem viele verschiedene Personen aus unterschiedlichen Perspektiven ihre Meinung zu einem Thema äußern, entsteht ein breites Meinungsspektrum aus Argumenten und Gegenargumenten und der einzelne User kann sich auf der Basis der vorgetragenen Argumente ein eigenes Bild von dem diskutierten Thema machen.

Die potentiell unbeschränkte Informations- und Artikulationsfunktion spricht für ein prinzipiell großes Demokratiepotehtial des Internet, da es gewährleistet, dass „alle User zu gleichen Rechten an einem freien, offenen, regelmäßig zu erneuernden Meinungsbildungsprozess teilhaben können.“²²

Andererseits muss nach Kritikeransicht das Argument, das Internet fördere idealtypisch eine Mitwirkungsdemokratie, relativiert werden. Laut einer aktuellen Analyse der gängigen Netzpraxis tendieren die User nämlich immer mehr zur privaten Nutzung via E-mail und zur Nutzung eines öffentlichen Angebotsraums im WWW, wobei der Gebrauch der klassischen, im Vergleich dazu relativ interaktiven Massenkommunikationsanwendungen wie Mailing-Listen oder Newsgroups, abnimmt. Diese damit einhergehende Vernachlässigung kommunikativer Elemente zeigt die vorhandene Tendenz zu einem Verteiler- und nicht zu einem Kommunikationsmedium auf. Ein nicht-interaktives Verteilermedium kann aber lediglich zur individuellen Meinungsbildung beitragen, nicht dagegen zur öffentlich politischen Willensbildung, für die Kommunikation unerlässlich ist. Grund für diese Tendenz ist nach Auffassung des Autors die Entwicklung des WWW: es transformiert das Netz in ein Medium, welches die Konsumtion und Nutzung in großem Maße demokratisiert, die Produktion dagegen inzwischen durch die Einführung einer extrem differenzierten und hochprofessionalisierten technischen Kultur stark rehierarchisiert, da ihre Aneignung immer mehr ökonomisches und soziales Kapital voraussetzt.

²¹ Vgl. Roesler, „Bequeme Einmischung. Internet und Öffentlichkeit“, S. 179 f

²² Schwabe, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, S. 386

In Folge dieser Professionalisierung der Netzangebote droht die Etablierung von Angeboten in finanzielle Größenordnungen gehoben zu werden, die vom Privatbürger nicht länger realisierbar sind.²³

Dieser Ansatz von RAINER RILLING ist jedoch meiner Ansicht nach aus zwei Gründen zu kritisieren. Erstens ist es fraglich, ob die hochprofessionalisierte technische Kultur zwangsläufig steigende Anforderungen an die User mit sich bringt und somit deren Beteiligung erschwert. Professionelle technische Kenntnisse können doch gerade dazu genutzt werden, den Usern ideale und vor allem anwender-freundliche Kommunikationsmöglichkeiten zu bieten. Musste der User noch vor kurzer Zeit HTML-Kenntnisse besitzen, um eine Internetseite zu programmieren, so werden schon heute verschiedene kostengünstige bzw. teilweise sogar kostenlose Programme wie etwa `Microsoft Frontpage` angeboten, mit deren Hilfe bereits ein Anfänger problemlos Seiten zu programmieren lernt. Zweitens ist es meines Erachtens fragwürdig, ob die User das Internet nicht auch vor allem aus eigener Gewohnheit eher als nicht-interaktives Verteilermedium nutzen und nicht aufgrund der ihnen fehlenden technischen und finanziellen Voraussetzungen. Zeichnet sich in unserer Gesellschaft nicht generell eher die Tendenz ab, den Medien mit einem `passiv kulinarischen Verhalten` zu begegnen? Hat es sich nicht generell durchgesetzt, sich etwa vor dem Fernseher einer mehr passiven Konsumtion beispielsweise politischer Informationen hinzugeben, anstatt sich aktiv in Bürgerversammlungen, politischen Treffen u.ä. auszutauschen? Ich denke, dass diese geringere Bereitschaft zur aktiven Teilnahme, diese `passive Toleranz der Nichtbeteiligung`, auf die ich später noch vertiefend eingehen werde, mitverantwortlich für die vorwiegende Nutzung des Internet als Verteilermedium ist. Die würde bedeuten, dass nicht in erster Linie die hochprofessionalisierte Internettechnologie selbst eine aktive Beteiligung verhindert, sondern das gegebene Kommunikationspotential des Internet ein Stück weit aufgrund spezifischer Konsumgewohnheiten und -präferenzen der User nur unzureichend ausgeschöpft wird.

²³ Vgl. Rilling, „Auf dem Weg zur Cyberdemokratie?“ S. 9 (zit. n.: <http://www.bdwi.org/bibliothek/cyberdemokratie-text.html>, am 28.01.01)

Raum- und zeitlose Kommunikation

Als Argument für die Cyberdemokratie kann angeführt werden, dass sich die Computerkommunikation durch das Fehlen eines geographischen Ortes als Referenzpunkt auszeichnet. Die Unabhängigkeit von Raum und Zeit wird vergrößert, da sich jeder User zu jeder Zeit aus allen Internetquellen bedienen und immerzu mit anderen Usern weltweit kommunizieren kann. Während der persönliche Austausch - wie in der athenischen Agora - standortabhängig und nur mit Menschen am gleichen Ort möglich war, konstituiert sich die Kommunikation heute im Internetzeitalter nicht mehr physisch und räumlich, sondern thematisch - also durch gemeinsame Interessen.²⁴ Durch die Überwindung von Raum und Zeit können sich sowohl auf lokaler als auch auf regionaler und globaler Ebene soziale Netzwerke mit verschiedenen Raumbezügen bilden. Diese Kommunikationsmöglichkeiten über Ländergrenzen hinweg ändern auch den Raumbezug der Politik. Politische Organisationen können international miteinander in Kontakt treten usw.

Kommunikation mit Gleichgesinnten

Ein weiterer Vorteil der internetspezifischen Kommunikation besteht in der Möglichkeit zur gezielten Verständigung mit Gleichgesinnten. Auf themenspezifischen Kommunikationsplattformen wie Chats und Usenets können die Internetnutzer ihre Ansichten zu einem Thema äußern und diese mit anderen diskutieren. Eine solche Möglichkeit kommt vor allem auch Minderheiten zugute, die in der realweltlichen Umgebung oftmals keine oder unzureichend soziale Kontakte haben und sich im Netz ungehemmt und bei Belieben auch unerkannt mit Gleichgesinnten austauschen und sich so aus ihrer realweltlich oftmals vorhandenen Isolation lösen können.

Anzumerken ist hier jedoch, dass diese verbesserte Kommunikationsfunktion auch Risiken mit sich bringt. Da man im Netz sehr selektiv kommunizieren kann, etwa, indem man sich an einem Chat zu einem bestimmten Thema beteiligt, kommt es häufig vor, dass man nur mit Gleichgesinnten kommuniziert, die Gegenseite jedoch nicht wahrnimmt. Obwohl zwar potentiell eine unbegrenzte Möglichkeit zur Kontakt-aufnahme und

²⁴ Vgl. Brückmann, „Datennetze“, S.178

Kommunikation besteht, kommt es jedoch aufgrund der Selektivität tendenziell eher selten zu einem Diskurs zwischen Konfliktpartnern.²⁵ Ein solches Vorhandensein von „Präferenzgemeinschaften“²⁶ und „homogenen Cyber-Gruppen“²⁷ kann zur Entstehung fragmentierter Identitäts- und Informationsinseln beitragen. Es ist also fraglich, inwieweit das Internet ausschließlich dazu beiträgt, dass pluralistische Meinungen aufeinandertreffen und diese im Rahmen konflikthaltiger Dialoge zur Ausbildung differenzierter und qualifizierter Meinungen führen. Vielmehr ist zu mutmaßen, dass die Teilnahme an Präferenzgemeinschaften zu einer Abschottung von Menschen mit anderer Meinung bzw. anderen Interessen beitragen kann, und es eher zu einer Zersplitterung und Individualisierung kommt, als zum pluralistischen Meinungs- und Willensbildungsprozess.²⁸

Wenn dies auch in keinsten Weise als Pauschalurteil missverstanden werden darf - es gibt selbstverständlich auch viele User, die geradezu die Auseinandersetzung mit Andersgesinnten suchen - so stellt diese Möglichkeit zur selektiven Kommunikation zumindest eine große Verlockung und Gefahr für die Demokratie im Netz dar.

2.1.7 Organisationsfunktion des Internet

Neben der Informations- und Kommunikationsfunktion übernimmt das Netz die nicht minder wichtige Organisationsfunktion. Im Jahr 1997 organisierten beispielsweise Studenten in der Bundesrepublik Deutschland Protestaktionen mit Hilfe des Internet. Sie etablierten eine kommunikative Infrastruktur im WWW, die sie nicht nur zur Selbstdarstellung, sondern darüber hinaus zur Planung von Aktionen nutzten. Auch Bürgerinitiativen, Non-Profitorganisationen und andere gesellschaftliche Vereinigungen machen sich die Organisationsmöglichkeiten des Internet zunutze. Sie profitieren insbesondere von der Minderung des organisatorischen und finanziellen Aufwandes. Kostengünstigeres und schnelleres Arbeiten sind möglich, es werden keine Räume benötigt, lange An-

²⁵ Vgl. Brückmann, „Datennetze“, S. 184

²⁶ Rilling, „Auf dem Weg zur Cyberdemokratie?“ S. 14 (zit. n.: <http://www.bdwi.org/bibliothek/cyberdemokratie-text.html>, am 29.01.01)

²⁷ ebenda

²⁸ Vgl. Arbeitsgruppe Cyberdemokratie, „Das Internet als interaktives Medium. Theoretische Grundlagen“, S. 3 (zit. n.: <http://student.hu-berlin.de/cyberdemokratie/ebene3-3.html>, am 29.01.01)

fahrten erübrigen sich und auch der Postverkehr wird überflüssig.²⁹ Die Bürgerinitiativen bieten Serviceleistungen an, stellen z.B. Kontakte zwischen unterschiedlichen Gruppen und zwischen nicht organisierten Bürgern und diesen Gruppen her und arrangieren Protestaktionen. Schon im Jahr 1998 gab es etwa 300 Computer-Bürgernetzwerke mit mehr als 500 000 Usern.

Auch die Organisationsfunktion bietet insbesondere Minderheiten, für die keine herkömmlichen Organisationsformen vorliegen und die von den herkömmlichen Massenmedien zu wenig beachtet werden, deutliche Potentiale. Viele Homosexuelle etwa haben das Gefühl einer `Gay Community` im Netz. Sie treffen im Internet auf Gleichgesinnte und können sich durch gemeinsame Bemühungen für die Durchsetzung ihrer Rechte und Interessen einsetzen.

Vergleicht man die Forderungen, die die Demokratie an das Internet stellt, so ist ersichtlich, dass neben der Informations- und Kommunikationsfunktion gerade die Organisationsfunktion erheblich zur Erfüllung demokratischer Prinzipien beiträgt. Das Internet gewährleistet die vom Grundgesetz geforderte Versammlungsfreiheit, ermöglicht die Bildung von Vereinen, Glaubensgemeinschaften und anderen Interessengemeinschaften und dient der Usergemeinde zur öffentlichen Bekanntmachung ihrer Interessen und Belange - bietet also unter anderem ein wesentlich größeres Organisationspotential als herkömmliche Medien.

2.1.8 Politische Information und Kommunikation im Internet

Im Rahmen von Diskussionsforen, auf Web-Sites politischer Organisationen oder Parteien usw. ist im Internet sehr wohl politische Information auffindbar und politische Kommunikation möglich. Die im Internet offerierten Angebote politischer Gruppen lassen sich überwiegend als Top-Down-Information parlamentarischer Web-Projekte qualifizieren. Meist stellen die Informationen reine Wählerwerbung zugunsten der eigenen Partei dar. Es sind vorwiegend Angebote und Projekte des `politischen Marketings` zu finden, kritische Stimmen gegenüber der eigenen Partei oder Zugeständnisse etc. dagegen selten. Ein Blick auf die politischen

²⁹ Vgl. Brückmann, „Datennetze“, S. 183

Web-Sites verdeutlicht beispielsweise auch, dass sich die einzelnen Parteien nur in Einzelfällen aufeinander beziehen - die SPD ignoriert die CDU usw.

Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass die vorfindbaren Informationen meist sehr allgemeiner Art sind, wenig Hintergrundinformationen zur Verfügung gestellt werden und selbst die als 'aktuell' deklarierten Meldungen, wie z.B. Gerichtsentscheidungen, bis zu mehrere Monate alt sein können. Zu finden sind meist weniger Kommunikations- als vielmehr Informationsangebote, die mehr mit Meinungsbildung zugunsten der eigenen Partei zu tun haben als mit Partizipation und Demokratie im Sinne diskutierender Öffentlichkeiten.³⁰ Anstatt dem User Chancen zur aktiven Mitwirkung zu eröffnen, greifen die Parteien oftmals eher auf das bei herkömmlichen Wahlveranstaltungen übliche Sender-Empfänger-Verhältnis zurück.³¹ Durch diese Top-Down-Haltung, die mit der Einer-an-Viele-Information der herkömmlichen Medien vergleichbar ist, wird somit eine Erneuerung der Demokratie von der Basis - den Bürgern - relativ unwahrscheinlich, da sich die Kräfteverhältnisse im Netz reproduzieren.³²

Zwar erhält der User oftmals die Möglichkeit, Minister und Politiker via E-mail zu erreichen, jedoch ergibt sich daraus nicht zwangsläufig ein demokratisierendes Potential. Die elektronische Post, die man den Institutionen zusenden kann, wird nämlich meist entweder auf automatisierte Antwortsysteme weitergeleitet oder auf die elektronische Post wird mit ähnlicher Langsamkeit reagiert wie auf gewöhnliche Briefpost.³³

Es kommt ebenso vor, dass eine Partei z.B. Interessierten die Möglichkeit gibt, ihre Meinung zu einem politischen Diskussionsthema auf der Parteihompage zu veröffentlichen, jedoch Blockaden einfügt, die unliebsame Veröffentlichungen verhindern und so das Recht des Users auf freie Meinungsäußerung beschneiden. Um diese 'Kontrollinstanz' - die Reglements der offiziellen Homepage - zu umgehen, hat der Internet-nutzer aber die Möglichkeit, seine eigenen Informationen einfach auf einer von

³⁰ Vgl. Böhm/Hertewich, „Internet und Demokratie“, S. 7 (zit. n.: <http://alf.zfn.uni-bremen.de/~hboehm>, am 17.02.2001)

³¹ Vgl. ebenda

³² Vgl. Arbeitsgruppe Cyberdemokratie, „Das Internet als interaktives Medium. Theoretische Grundlagen“, S. 3 (zit. n.: <http://student.sowi-hu-berlin.de/cyberdemokratie/ebene3-3.html>, am 29.01.01)

der Parteihompages unabhängigen Website ins Netz zu stellen. So kann die von der Partei zu eigenen Gunsten eingeschränkte Meinungsfreiheit durch Erstellung einer Gegenöffentlichkeit aufrechterhalten werden.³⁴

Des Weiteren sei erwähnt, dass der Anteil politische Websites in der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise nur 0,5% beträgt.³⁵ Diese Tatsache ist erstens Indiz dafür, dass die Politik das Netz bislang nur unzureichend als Plattform für politische Meinungsbildung und für eine verbesserte Mitwirkung der Bürger nutzt. Zweitens entsteht die Befürchtung, dass die vorhandene geringe Menge an politischen Informationen unter einer Vielzahl anderer Informationen unterzugehen droht und generell wenig Aufmerksamkeit findet. Dies betrifft nicht in erster Linie die Seiten der Parteien, deren gleichnamige Internetadresse jedem User bekannt sein dürfte, sondern vielmehr unbekanntere politische Websites wie kleine unabhängige Politikforen, auf die die User eher nur durch Zufall stoßen, oder die sie bei Unkenntnis der Internetadresse nur mit Hilfe von Suchmaschinen aufspüren können.

Alarmierend im Hinblick auf die Demokratie im Internet dürfte auch der Blick auf die im Netz auszumachenden politischen Akteure sein. Um möglichst demokratisch zu sein, müsste im Internet vor allem ein Partizipationsgewinn derer gewährleistet werden, deren Interessen über die herrschenden Parteien und Verbände nicht sowieso stark vermittelt werden; hiermit sind also vor allem Nichtmitglieder und Nichtorganisierte gemeint. Betrachtet man jedoch die im Netz tatsächlich agierenden Gruppen, so wird deutlich, dass das Internet bislang nur in ungenügender Weise einen Partizipationsgewinn für alle User darstellt. An oberster Stelle stehen die Content-Provider, die Politik lediglich als mitlaufendes aktuelles Infotainment verkaufen; für sie dient das Internet zur Kommerzialisierung der Politik. An zweiter Stelle befinden sich die auch im 'real life' stark situ-

³³ Vgl. Scherer, „Partizipation für alle? Die Veränderung des Politikprozesses durch das Internet“, S. 181

³⁴ Vgl. Arbeitsgruppe Cyberdemokratie, „Das Internet als interaktives Medium. Theoretische Grundlagen“, S. 1 (zit. n.: <http://student.sowi-hu-berlin.de/cyberdemokratie/ebene3-3.html>, am 29.01.01)

³⁵ Vgl. Rilling, „Auf dem Weg zur Cyberdemokratie?“ S. 4 (zit. n.: <http://www.bdwi.org/bibliothek/cyberdemokratie-text.html>, am 29.01.01)

ierten politischen Unternehmer. Erst ganz am Schluss folgen mit großem Abstand die Aktivbürger und marginalisierten politischen Akteure.³⁶

Dass die politische Datenkommunikation größtenteils innerhalb des Staatsapparates und zwischen Wirtschaft und Politik erfolgt, während andere gesellschaftliche Teilsysteme daran nur gering partizipieren, hat jedoch, wie man mutmaßen könnte, nicht nur etwas damit zu tun, dass diesen Teilsystemen der Zugang verwehrt bleibt. Vielmehr ist die mangelnde Teilhabe großer Gesellschaftsteile sicherlich vor allem auf ein generell eher geringes Politikinteresse zurückzuführen. Studien bestätigen z.B., dass politisch akademische Seiten wie 'Wissenschaft und Politik' nur zwischen 30 und 150 mal täglich aufgerufen werden, während Seiten mit dem Thema 'PolitikplusSex-xxx.com' einen sekundlichen Zugriff verzeichnen.³⁷ Eine 1996 durchgeführte Analyse mit dem Titel 'The Strange Disappearance of Civic America' zeigt beispielsweise deutlich die stark veränderte Einstellung der Bevölkerung zum Thema Politik.³⁸ Handelt es sich hierbei auch um die Betrachtung der amerikanischen Kultur, so verweist die Studie meiner Meinung nach jedoch auch auf eine deutliche Tendenz unserer Gesellschaft.

Laut der angeführten Untersuchung geschieht derzeit ein langanhaltender Rückzug der Bürger aus dem gesellschaftlichen und öffentlichen Leben. Die 'public person' verschwindet, und die Wahlbeteiligung verzeichnet deutliche Rückgänge. Als 'Hauptverdächtiger' wird das Fernsehen genannt, aus dem jeder zweite Amerikaner sämtliche politischen Informationen bezieht und welches zum Rückgang gesellschaftlicher und öffentlicher Tätigkeiten und zur Privatisierung der individuellen Zeit beigetragen haben soll. Hierin verdeutlicht sich nicht nur die Passivität der allenfalls durch symbolisches Feedback vortäuschenden Zuschauerdemokratie des TV-Systems, sondern vor allem die Veränderung demokratischer Kultur. Das liberale Demokratiemodell spricht hier, passend wie ich finde, von einer „Toleranz der Nichtbeteiligung“.³⁹ Die politische Aktivität

³⁶ Vgl. Rilling, „Auf dem Weg zur Cyberdemokratie?“ S. 6 (zit. n.: <http://www.bdwi.org/bibliothek/cyberdemokratie-text.html>, am 28.01.01)

³⁷ Vgl. Rilling, „Auf dem Weg zur Cyberdemokratie?“ S. 4 (zit. n.: <http://www.bdwi.org/bibliothek/cyberdemokratie-text.html>, am 28.01.01)

³⁸ Vgl. ebenda

³⁹ Rilling, „Auf dem Weg zur Cyberdemokratie?“ S. 16 (zit. n.: <http://www.bdwi.org/bibliothek/cyberdemokratie-text.html>, am 28.01.01)

vieler Bürger drückt sich häufig in einer als passiv zu bezeichnenden 'Lass-die-Politiker-mal-machen-Mentalität' aus. Die geringe Beteiligung der Bürger an politischen Diskussionen und geringe Aufrufzahlen politischer Websites sind somit stark auf das allgemein eher geminderte Interesse der Gesellschaft an Politik und den oftmals eher passiven Medienkonsum und nicht alleinig auf die fehlende Partizipationsmöglichkeit jedes einzelnen zurückzuführen. Dies darf nicht als Pauschalurteil missverstanden werden, sondern soll lediglich die aktuell vernehmbare Tendenz vor Augen führen.

Neben den angeführten Aspekten, die der Forderung nach demokratischer politischer Kommunikation im Internet zuwiderlaufen, ist jedoch ebenso zu erwähnen, dass das Internet andererseits die demokratische politische Information und Kommunikation stark fördert. Zunächst einmal kommt es der Demokratie erheblich zugute, dass das Internet auch das wahrnehmbar macht, wovon man sonst nichts wissen kann. Während die herkömmlichen Massenmedien nur über den mediengerechten Teil von Vorgängen informieren, kann man im Internet auch Informationsseiten aufrufen, die hier als sogenannte Gegen-öffentlichkeiten fungieren. Außenstehende Personen nehmen zu Vorgängen Stellung, informieren andere User über möglicherweise bislang von den Massenmedien verschwiegene Details, bieten Hintergrundinformationen und geben Auskunft über politisch nicht legale Aktionen. Weltweit existieren unzählige Initiativen, die zu den unterschiedlichsten Fragen und Zusammenhängen Daten sammeln, speichern und ins Netz stellen.⁴⁰ Dies kommt vor allem in ihrer Informationsvielfalt eingeschränkten Bevölkerungen zugute. So konnte beispielsweise das in Serbien verbotene Radio B92 im Internet weiterhin senden und trotz der Schließung der Radiostation während der Kriegszeit kritische Informationen übermitteln, die weltweit zu empfangen waren. Auf diese Weise kann das Internet helfen, eine gewisse, ansonsten in anderen Medien eingeschränkte Meinungsvielfalt zu gewährleisten und staatliche Zensur zu umgehen.⁴¹

⁴⁰ Vgl. Ludwig, „Öffentlichkeitswandel durch Gegenöffentlichkeit?“ S. 191

⁴¹ Vgl. Arbeitsgruppe Cyberdemokratie, „Das Internet als interaktives Medium. Theoretische Grundlagen“, S. 2 (zit. n.: <http://student.sowi.hu-berlin.de/cyberdemokratie/ebene3-3.html>, am 29.01.01)

Auch seitens der Politiker sind heutzutage immer mehr Bestrebungen ersichtlich, im Internet künftig bürgerzentrierter zu agieren und die Kommunikationsvorteile des Mediums zu einer intensiveren Kontaktaufnahme mit den Bürgern zu nutzen. Die derzeit in der Bundesrepublik erfolgende Einrichtung eines 'E-Governments' - eines Regierungsportals im Internet - etwa soll die Abläufe in den Ämtern transparenter gestalten, einen einfachen Zugang zu wichtigen Informationen und eine unkomplizierte Kommunikation innerhalb der Behörden und mit den Bürgern ermöglichen.⁴² Internetportale können den Behörden, die meist bereits mit eigenen Websites, Adressen, Informationen und Online-Angeboten im Web präsent sind, dazu dienen, leicht erreichbar und unter einem Dach den Bürgern eine Vielzahl von Leistungen anzubieten. Solche Portale sind natürlich nur dann effektiv, wenn sie, so der bei IBM weltweit für den Sektor E-Government Verantwortliche BART STEUKERS, "mehr als nur ein hübsches Schaufenster sind"⁴³. Es muss gewährleistet sein, dass Regierungsportale Transaktionen ermöglichen, politische Ziele verdeutlichen und entscheidende Ereignisse sowie erreichte Ziele kenntlich machen.

Als mustergültig kann das von JÖRG TAUSS, dem bildungs- und forschungspolitischen Sprecher der SPD ins Leben gerufene E-Demokratie-Projekt www.moderner-datenschutz.de angeführt werden. Auf dieser Internetseite können Bürger über das Internet beobachten, wie das neue Datenschutzgesetz entsteht und sich mit eigenen Beiträgen beteiligen. TAUSS' Ziel ist es, den parlamentarischen Diskussionsprozess mittels Foren und Chats auch im Netz stattfinden zu lassen. Er betont, dass er sich in diesem transparenten Prozess auch bewusst nicht vor Konfrontationen scheut, die seiner Meinung nach notwendig sind, um Substanz zu beweisen und allgemeines, unverbindliches Gerede zu vermeiden. Dennoch warnt er davor, unter den Begriff 'E-Government' lediglich Verwaltungsabläufe und damit Rationalisierungs- und Servicemaßnahmen zu subsumieren. Man müsse sich vielmehr - und diese Aussage sollte meiner Meinung nach Zielvorgabe jedes politischen Netzprojektes sein - darauf konzentrieren, politische Prozesse transparent zu machen und auch im Netz wahre

⁴² Vgl. „Per Mausklick ins Amt - Rathäuser gehen online. E-Government wird die öffentlichen Verwaltungen revolutionieren“

⁴³ Counsell/Schulzki-Haddouti, „Die One-Touch-Methode“

Interaktion mit den Bürgern zu erzeugen.⁴⁴ Nur wenn die Institutionen des politischen Systems ihre Positionen tatsächlich offen legen, sich zu Problemen bekennen und ihre Entscheidungen öffentlich rechtfertigen, kann eine bestmögliche Transparenz gewährleistet werden.

Wie zuvor geschildert, trägt die momentane Lage diesen Ansprüchen jedoch noch in keinster Weise zu Genüge Rechnung. Es muss demnach vielfach noch ein starkes Umdenken der Regierungen hin zu einem bürgernahen Regieren und Auftreten im Netz erfolgen.

Während Wahlen per Internet zur Zeit noch Spielwiesen für Pilotprojekte sind, soll schon 2004 die Wahl des EU-Parlaments online möglich sein. Dass ein solches Online-Wahlverfahren jedoch noch große Probleme bereitet, wurde nicht zuletzt bei den US-Präsidentschaftswahlen im November 2000 deutlich, bei denen auch die Abgabe eines Online-Votums möglich war. So kam es vor, dass im Netz Stimmen für AL GORE gegen Stimmen für RALPH NADER zum Tausch angeboten wurden. Auch in Deutschland wurden bei Abstimmungen und Umfragen im Netz bereits negative Begleiterscheinungen ersichtlich. Ergebnisse wurden beispielsweise dadurch manipuliert, dass Stimmen von ein und demselben Rechner beliebig häufig abgegeben werden konnten. Die Wahl per Internet ist auch aufgrund einer möglichen Stimmenbeeinflussung durch andere nicht unproblematisch. Genau wie bei der Briefwahl ist nicht überprüfbar, ob der registrierte Wähler selbst sein Votum abgegeben hat oder die Wahlentscheidung durch eine zweite Person getroffen bzw. beeinflusst wurde. Derzeit wird jedoch an der Ausbesserung der (technischen) Unzulänglichkeiten und an der digitalen Identifizierung (ID) gearbeitet, so dass möglicherweise schon bald reibungslose Online-Wahlen stattfinden können, die Manipulationen ausschließen.

Um aber überhaupt jedem Bürger die Möglichkeit zur Internetwahl zu eröffnen, ist die Einrichtung öffentlich zugänglicher Internetrechner ein wichtiger Schlüsselfaktor, um eine Zwei-Klassengesellschaft zu verhindern bzw. die Kluft der Vernetzten und Nicht-Vernetzten zu überwinden. Demnach kann es nicht alleiniges Ziel sein, das Online-Angebot auszubauen und auszubessern. Vielmehr muss es oberstes Ziel sein, kosten-

⁴⁴ Vgl. Schulzki-Haddouti, „Bundestag - So viel Transparenz wie möglich“

freie staatliche Internetzugänge zu schaffen, um so überhaupt erst eine demokratische Zugangsmöglichkeit für alle zu sichern.⁴⁵

Wie gezeigt werden konnte, befindet sich die politische Kommunikation zwischen Bürgern und Staat im Netz noch in einer intensiven Entwicklungsphase und bedarf noch vieler Verbesserungen, um optimale politische Information und Kommunikation zu gewährleisten. Der politische Informationsaustausch zwischen Bürgern funktioniert dagegen bereits um Einiges besser, wie der Blick auf parteiunabhängige Kommunikationsplattformen im Netz bestätigt. Online-Projekte wie ´politik digital`, die sowohl in Chatforen die Diskussion mit Politikern ermöglichen als auch z.B. jedem User das Angebot machen, ihren eigenen Diskussionsbeitrag ins Netz zu stellen, erfreuen sich monatlich über 300 000 Zugriffe.⁴⁶

2.1.9 Das Kräfteverhältnis von Staat und Bürgern im Netz

Ein weiteres Argument, welches die Befürworter der Cyberdemokratie hervorbringen, ergibt sich aus den technischen Errungenschaften des Internet. Die Bürger haben prinzipiell die gleichen technischen Möglichkeiten wie die Regierenden, so dass man sogar davon sprechen kann, dass die Computerkommunikation anarchische Züge trägt. Hacker haben, etwa durch ihren Einbruch in den NASA-Computer, bewiesen, dass die technische Kompetenz nicht nur den Regierenden vorbehalten ist. Durch die kommunikativen Möglichkeiten des Internet verschiebt sich somit das Kräfteverhältnis zwischen Politik und Verwaltung auf der einen und dem Bürger auf der anderen Seite, so dass erstere immer stärker ihren Informationsvorsprung einbüßen müssen, der jedoch ein wichtiger Teil ihrer Herrschaft ist. Dies eröffnet der Gesellschaft und jedem einzelnen User ein erhebliches Potential. Der Staat hat erstens keine Kontrolle mehr über die Informationen, die den Bürgern zukommen und zweitens keine Möglichkeit, zu verhindern, dass die Bürger ihrerseits eigene Meinungen im Viele-an-Viele-Medium verbreiten.⁴⁷

⁴⁵ Vgl. Counsell/Schulzki-Haddouti, „Die One-Touch-Methode“

⁴⁶ Vgl. www.politik-digital.de

⁴⁷ Vgl. Brückmann, „Datennetze“, S. 183

Je stärker die Zahl der Internetuser darüber hinaus steigt, desto unangreifbarer wird auch die Immunität der Kommunikation gegen staatliche Beschränkungen und Kontrollen, da mehr Information und Kommunikation durch viele gleichzeitig auch eine Kontrolle immer unmöglicher werden lässt. Dass die Kommunikation im Internet anarchisch sei, bekundete schon 1996 der Verfasser der 'Unabhängigkeitserklärung des Internet' und Befürworter der Cyberdemokratie, JOHN PERRY BARLOW, der die Regierung warnte, dass sich das Internet keineswegs den staatlichen Beschränkungen unterwerfen lasse und sich seine eigenen Regeln, abseits der Vorstellungen des Staates, schaffen werde.⁴⁸

2.2 Öffentlichkeit und Demokratie

Da das Internet als Medium eine Vermittlungsinstanz ist, benötigt es Öffentlichkeit als Präsentationsstätte für das Mitzuteilende.⁴⁹ Öffentlichkeit wird in diesem Zusammenhang allgemein als eine zwischen Gesellschaft und Staat vermittelnde Sphäre verstanden, in der sich das Publikum als Träger öffentlicher Meinung bildet. Der öffentliche Raum konstituiert sich als Kommunikationsnetz ohne Anschlusszwang, da jeder kommen und gehen, hinhören und abschalten, aufnehmen und abweisen kann.⁵⁰ Das Vorhandensein von Öffentlichkeit setzt den allgemeinen Rahmen für gesellschaftliche Kommunikation und eröffnet Möglichkeiten kollektiver Diskurse.⁵¹ Öffentlichkeit bezeichnet die gesellschaftlich gestaltete Sphäre der Kritik, der Kontrolle und der Entscheidungsfindung in allen Fragen, die das politische Gemeinwesen betreffen. All diejenigen Bereiche werden als öffentlich angesehen, die unabhängig vom jeweiligen Status prinzipiell allen an der Gesellschaft beteiligten Personen offen stehen.⁵² Das Öffentlichkeitsprinzip ist „deshalb Voraussetzung der Demokratie, da es eine der Grundbedingungen politischer Partizipation anspricht: die Teilhabe an relevanten Informationen und die Mitsprache-

⁴⁸ Vgl. Barlow, „John Perry Barlow's Cyberspace Independence Declaration“, S. 1 ff (zit. n.: <http://info.bris.ac.uk/lwdcg/~DoI.html>, am17.01.2001)

⁴⁹ Vgl. Wieglering, Medienethik, S. 17

⁵⁰ Vgl. Neidhardt, „Jenseits des Palavers. Funktionen politischer Öffentlichkeit“, S. 20

⁵¹ Vgl. Neidhardt, „Jenseits des Palavers. Funktionen politischer Öffentlichkeit“, S. 19

⁵² Vgl. Brockhaus, Die Enzyklopädie in 24 Bänden, S. 156

möglichkeit bei Problemdiskussionen und Entscheidungsfindungen”⁵³. Grundsätzlich umfasst Öffentlichkeit verschiedenste Kommunikationsformen: sie beinhaltet etwa die Ansprache an Parteiversammlungen, Demonstrationen, wissenschaftliche Veröffentlichungen etc. - betrifft also die gesamte Medienkommunikation.⁵⁴

Öffentlichkeit und Demokratie stehen somit in einem eindeutigen Bedingungsgefüge. Um das Ausmaß des internetspezifischen Demokratiepentials ermitteln zu können, muss demnach zunächst untersucht werden, inwiefern dem Anspruch auf Öffentlichkeit im Internet überhaupt Genüge getan wird.

2.2.1 Konstitutionsmerkmale von Öffentlichkeit

Generell wird Öffentlichkeit durch drei Merkmale konstituiert: sie geht erstens von der Gleichheit aller Beteiligten aus, erhebt des Weiteren den Anspruch, dass prinzipiell alle Themen Gegenstand des öffentlichen Diskurses sein können und definiert sich darüber hinaus durch eine Unabgeschlossenheit des Publikums.⁵⁵

2.2.1.1 Gleichheit aller Beteiligten

Jeder, der die notwendige technische Ausstattung besitzt, kann prinzipiell sämtliche Informations- und Kommunikationsangebote des Netzes nutzen. Alle User sind ebenbürtig und haben gleiche Kommunikationsrechte.⁵⁶ Besonders die Tatsache, dass das Internet die Möglichkeit zur anonymen Kommunikation eröffnet, spricht für eine Gleichheit sämtlicher Beteiligten. Jeder User kann sich unerkant Zugang zu beliebigen Informationen verschaffen und seine eigene Meinung frei, ungehemmt äußern, da er im Netz identitätslos agieren bzw. sogar eine andere Identität annehmen kann. Es ist allerdings fraglich, ob die gegebene Anonymität als per se demokratieförderlich angesehen werden kann, wovon man laut der Forderung der Öffentlichkeit theoretisch auszugehen hat. Einerseits

⁵³ Brockhaus, Die Enzyklopädie in 24 Bänden, S. 156

⁵⁴ Vgl. Holderegger, Kommunikations- und Medienethik: interdisziplinäre Perspektiven, S. 11 ff

⁵⁵ Vgl. Roesler, „Bequeme Einmischung. Internet und Öffentlichkeit“, S. 172 ff

⁵⁶ Vgl. Roesler, „Bequeme Einmischung. Internet und Öffentlichkeit“, S. 182 ff

bietet die anonyme Kommunikations-möglichkeit die enorme Chance, dass gerade diejenigen, die sich im wirklichen Leben nicht ihre tatsächliche Meinung zu äußern trauen, im Netz unbeschwert ihre wirklichen Ansichten zu bestimmten Themen schildern und somit ein pluralistischer Diskurs entstehen kann. Andererseits birgt diese Kommunikationschance auch enorme Risiken. Die Gefahr der Verleumdungen und Lügen steigt, da die persönliche Zuschreibung der Verantwortung des Gesagten entfällt.⁵⁷ Man muss sich für das, was man von sich gibt, nicht verantwortlich fühlen, da im Rahmen anonymer Kommunikation die Verantwortungszuschreibung im herkömmlichen Sinne entfällt und man für das Geäußerte nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Dass der einzelne User nicht in die Verantwortung genommen werden kann, verleitet vor allem auch zum Voyeurismus⁵⁸. Nicht ohne Grund sind im Netz unzählige Seiten mit pornographischen und rechtsradikalen Inhalten zu finden, die sich hoher Zugriffszahlen erfreuen. Dies dürfte Indiz dafür sein, dass eine Vielzahl von Usern sich gerade aufgrund der anonymen Interaktionsmöglichkeiten dieser Seiten bedient, frei nach dem Motto: „Man erkennt mich ja nicht. Dann kann mich auch keiner zur Rechenschaft ziehen und für meine widerrechtliche Handlung bestrafen.“ Aber ist ein solch ´verantwortungsloses` Handeln erstrebenswert? Oder ist es nicht vielmehr gerade in einem demokratischen Staat notwendig, für seine Meinung einzustehen und sich gegebenenfalls zu rechtfertigen. Das ´geheime` Kommunizieren ermöglicht zwar einerseits die wirklich ´freie, unbefangene` Meinungsäußerung, die in unserer Demokratie angestrebt und prinzipiell jedem Bürger, insbesondere auch den Minderheiten, gewährt werden sollte. Dennoch kann auch eine demokratische Gesellschaft nicht ohne Verantwortung auskommen. Kann unsere Demokratie tatsächlich so viel Freiheit wollen, dass Handeln ohne Verantwortung honoriert wird? So viel ´Demokratie` verträgt selbst die Demokratie nicht.

Die vielfach geäußerte Hoffnung MCLUHANS auf ein vernetztes Dorf, in dem sich alle nah sind und wo neue menschliche Verantwortungs-

⁵⁷ Vgl. Böhm/Hertewich, „Internet und Demokratie“, S. 8 (zit. n.: <http://alf.zfn.uni-bremen.de/~hboehm>, am 29.01.01)

⁵⁸ Vgl. Wiegerling, Medienethik, S. 170 f

potentiale eröffnet werden, erfüllt sich demnach wohl nur teilweise. Einerseits wird zwar eine vormals nie gegebene mediale Nähe ermöglicht, die intensive Interaktion gewährleistet. Andererseits aber besteht die Gefahr, dass diese Nähe häufig eher voyeuristische Triebe weckt, als Verantwortlichkeiten zu sensibilisieren.⁵⁹ Und gerade dies ist das Problem, mit dem die freiheitliche Demokratie zu kämpfen hat, die gerade die freiwillige Selbsteinschränkung zugunsten der Berücksichtigung der Rechte aller erfordert. Dass jeder User, der im Netz kommuniziert, diese moralische Verantwortung auf sich nimmt, ist jedoch aufgrund der großen Verlockung der anonymen, quasi verantwortungsfreien Kommunikation eine unerreichbare Idealvorstellung. Die vorhandene Anonymität trägt demnach zwar eindeutig zur Gleichheit der Beteiligten bei, darf aber den vorangehenden Ausführungen zufolge nur eingeschränkt als der Demokratie dienlich verstanden werden.

2.2.1.2 Beliebige Themen als Diskussionsgegenstand

Öffentlichkeit erhebt den Anspruch, dass prinzipiell alle Themen Gegenstand der Diskussion sein können. Dass gerade das Internet auch die Themen zum Diskussionsgegenstand machen kann, die in anderen Medien in solch offener, unzensurierter Form nicht oder nur sehr eingeschränkt zur Sprache kommen, zeigen nicht zuletzt bspw. pornographische oder rechtsradikale Internetseiten. Während wir rechtsradikale Inhalte als verfassungswidrig sanktionieren und die Thematisierung bestimmter Inhalte in den Medien verhindern bzw. nur zu bestimmten Zeiten zulassen (z.B. dürfen pornographische Filme im Fernsehen nur nachts ausgestrahlt werden), sind sie im Internet von jedem User jederzeit abrufbar. Hier wird das Problem deutlich: Fraglich ist, ob diese aufgrund fehlender Zensurmaßnahmen ´extreme Öffentlichmachung` überhaupt demokratieförderlich ist. Laut Definition des Öffentlichkeitsbegriffs hat man davon auszugehen, dass gerade die Möglichkeit, alles zum Thema der Diskussion machen zu können, grundlegende Voraussetzung für das Vorhandensein von Demokratie ist. Logische Konsequenz wäre demnach, dass unsere Demokratie geradezu fordert, dass auch verfassungswidrigen Themen im Netz Raum

⁵⁹ Vgl. Wiegerling, Medienethik, S. 226

gegeben wird. Dies wiederum ist keinesfalls mit den ebenfalls in unserer Gesellschaft geltenden Grundrechten in Einklang zu bringen, die unter anderem den Schutz der Menschenwürde und der Jugend als grundlegende Prinzipien beinhalten.

Einerseits fördert die Beliebigkeit der Themen die in einer Demokratie so wichtige persönliche Meinungsbildung. Andererseits jedoch wird die Öffentlichmachung dort gefährlich, wo sie verfassungsrechtliche Grenzen - in unserem Falle die der Bundesrepublik Deutschland - übertritt und das Gebot des Gleichheitsgrundsatzes vernachlässigt. 'Demokratie' ist nur so lange 'demokratisch', wie sie eine größtmögliche Meinungsbildung der Bevölkerung durch die Möglichkeit zur Thematisierung beliebiger Themen bietet und trotzdem dem Schutz des einzelnen Individuums oberste Priorität gibt. Um dies zu realisieren, wäre eine oberste Instanz nötig, die das im Internet Präsentierte im Vorfeld seiner Veröffentlichung auf Einhaltung der genannten Prinzipien überprüft. Eine solche Zensurmaßnahme ist jedoch nicht gegeben, da jeder User unkontrolliert beliebige Informationen ins Netz stellen und abrufen kann. Um dennoch zu gewährleisten, dass verfassungswidrige Themen keinen Raum finden, müsste sich jeder User aus freien Stücken zur Einhaltung dieses Grundsatzes verpflichten. Dies ist jedoch eine utopische Vorstellung: Anonymität verleitet, wie gezeigt wurde, eher zu widerrechtlichen Handlungen und Äußerungen, als dass sie Verantwortlichkeiten sensibilisiert. Ein Appell an die Vernunft wäre demnach meiner Meinung nach nur unzureichend wirksam.

Themenbeliebigkeit ist somit sowohl Chance als auch Risiko für die Demokratie.

2.2.1.3 Unabgeschlossenheit des Publikums

Auch das dritte Merkmal der Öffentlichkeit, die Unabgeschlossenheit des Publikums, ist im Internet prinzipiell gegeben. Jederzeit kann ein weiterer Computer an das schon vorhandene Netzwerk angeschlos-

sen werden, so dass die Vernetzung der gesamten Welt technisch generell möglich wäre. Es muss jedoch eingeräumt werden, dass dies allerdings aufgrund der vielerorts mangelnden technischen, finanziellen und sozialen Ressourcen in den nächsten Jahrzehnten, und möglicherweise noch viel länger, undenkbar ist.

Aber wäre eine vollkommene Vernetzung überhaupt erstrebenswert und entspräche dieser Zustand der demokratischen Idealvorstellung? Wenn man bedenkt, dass Öffentlichkeit gerade deshalb als Voraussetzung für Demokratie gesehen wird, da sie die Teilhabe an relevanten Informationen und die Mitsprachemöglichkeit bei Problemdiskussionen und Entscheidungsfindungen fordert, ist die grundsätzliche Unabgeschlossenheit des Internet wohl nur bedingt als demokratieförderlich anzusehen. Einerseits würde eine weltweite Vernetzung gewährleisten, dass sich alle Menschen intensiv via Internet informieren und grenzenlos kommunizieren könnten, was eine umfassende Bildung und Meinungsbildung aller ermöglichen würde. Andererseits würde eine solche Offenheit auch nicht unproblematische Konsequenzen für die Demokratie mit sich bringen: Obwohl derzeit nur 5% der Weltbevölkerung online sind, tritt schon jetzt das Problem der Informationsüberflutung auf: Je mehr Menschen Internetzugang besitzen, desto größer wird die Informations- und Kommunikationsmenge. Immer mehr Homepages und immer mehr User, die sich zu Wort melden, führen zu einem 'informationellen Rauschen'. Die Informationsmenge steigt stetig an, ohne dass der User in der Lage ist, sämtliche Informationen zu überblicken und die für ihn relevanten zu selektieren.⁶⁰ Was nützt es mir, wenn ich in einem Chatforum als einer von Hunderten meine Meinung zu einem Thema äußere? Je unbestimmter die Masse an Informationen wird, desto mehr Meldungen bleiben von der Allgemeinheit unbeachtet und es kommt sogar dazu, dass die Aufmachung der Information möglicherweise eher die Aufmerksamkeit auf sich zieht als ihr Gehalt. Die prinzipielle Offenheit des Netzes brächte demnach sowohl Chancen als auch Risiken mit sich. Die Chance, dass eine globale Vernetzung eine Öffentlichkeit im Sinne einer wirksamen Mitsprachemöglichkeit verstärkt, wird stets begleitet von der Sorge, dass die User an zuviel Information zu

⁶⁰ Vgl. Scherer, „Partizipation für alle? Die Veränderung des Politikprozesses durch das Internet“, S. 184 f

ersticken drohen und die informationelle Überflutung eher zur Desorientierung als zur Orientierung und individuellen Meinungsbildung beiträgt.⁶¹

3. Fazit

Besonders durch die Möglichkeit zur raum- und zeitlosen Kommunikation bietet das Internet die grundlegenden Voraussetzungen für Demokratie im Netz. Wie keine andere Technologie ermöglicht das Internet die Bildung grenzüberschreitender Orte der Meinungs- und Willensbildung und schafft optimale Organisationsmöglichkeiten für soziale Gruppen. Darüber hinaus gewährleistet es durch die Möglichkeit zur anonymen

⁶¹ Vgl. ebenda

Kommunikation die prinzipielle Gleichheit aller Beteiligten und bietet ein Forum für politische Entscheidungs- und Wahlprozesse.

Andererseits jedoch birgt das Internet, etwa durch die nicht gegebene Vernetzung aller, die anonyme Kommunikationsmöglichkeit sowie die Themenbeliebigkeit und Unabgeschlossenheit des Publikums, ebenso Risiken für eine Cyberdemokratie.

Wenngleich diese Ergebnisse das Ausmaß des demokratischen Potentials darlegen, welches sich im Internet prinzipiell eröffnet, bedeutet dies in keinsten Weise, dass die Folgen der Implementierung der Internet-technologie, wie man annehmen könnte, vom Internet selbst bestimmt sind. Vielmehr hängen diese, wie die Zusammenhänge ergeben haben, in erheblichem Maße vom kommunikativen Zustand des Kollektivs ab.⁶² Die Technik selbst determiniert nämlich nicht das Verhalten, sondern besitzt eine gewisse Gestaltungsoffenheit. Dies bedeutet, dass nicht die Internet-technologie selbst deren Gebrauch bestimmt, sondern vielmehr der Mensch. Ob dieser die prinzipielle Gestaltungsoffenheit des Netzes nutzt, bleibt ihm überlassen. Dass das Internet grundsätzlich grenzenlose und intensive Kommunikation ermöglicht, bedeutet noch lange nicht, dass diese Kommunikationsoption von den Usern auch optimal genutzt wird. Im Internet erfolgt beispielsweise nur in dem Maße politische Kommunikation zwischen Staat und Bürger, in dem sich beide Parteien dafür einsetzen. Nur wenn die Politiker effektive Kommunikationsvorrichtungen - zum Beispiel in Form von Chatforen - einrichten, hat der User überhaupt die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit der Partei o.ä. Und genauso gilt, dass dieses Kommunikationsangebot nur dann von den Usern genutzt wird, wenn diese an einer Kontaktaufnahme mit den Politikern interessiert sind. Falls in der Bevölkerung Politikverdrossenheit herrscht, kann auch ein kommunikationsförderndes Medium wie das Internet diesen Zustand nicht aufheben. Das Ausmaß der Demokratie im Internet ist demnach Spiegelbild des in der Gesellschaft verankerten politischen Bewusstseins und der vorherrschenden politischen Strukturen.

Das Internet selbst, kann, wie alle anderen Medien auch, nicht von sich aus demokratisch sein. Es verhält sich vielmehr sozusagen 'neutral'

⁶² Vgl. Höflich, Technisch vermittelte interpersonale Kommunikation. Grundlagen, organisatorische Medienverwendung, Konstitution elektronischer Gemeinschaften. S. 305 f

gegenüber der Demokratie. Das Internet schafft zwar die technischen Voraussetzungen für demokratische Kommunikations- und Entscheidungsprozesse im Netz, kann aber auch unbeteiligten, beteiligungsschwachen und politikverdrossenen Demokratien nicht zu mehr Demokratie verhelfen. Nur wenn die Gesellschaft selbst eine demokratische Kultur lebt, kann Demokratie auch im Internet erlebt werden.

4. Literaturverzeichnis

Bücher

Brockhaus, Die Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden. 20., überarb. und aktual. Aufl. Band 16. Mannheim: Brockhaus Leipzig 1996

Bühl, Achim: Die virtuelle Gesellschaft. Ökonomie, Politik und Kultur im Zeichen des Cyberspace. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1997.

Creifelds, Carl: Rechtswörterbuch. 15., neubearb. Aufl. München: Beck

1999.

Höflich, Joachim R.: Technisch vermittelte interpersonale Kommunikation. Grundlagen, organisatorische Medienverwendung, Konstitution „elektronischer Gemeinschaften“. Studien zur Kommunikationswissenschaft. Band 8. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH 1996.

Holderegger, Adrian: Kommunikations- und Medienethik: interdisziplinäre Perspektiven. 2., vollst. überarb. und erw. Aufl. Freiburg: Universitäts-Verlag 1999.

Schwabe, Jürgen: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Studienauswahl. 6. Aufl. Hamburg: Verlag de Gruyter 1994.

Wiegerling, Klaus: Medienethik. Stuttgart: Verlag J. B. Metzler 1998.

Aufsätze mit Angabe des Autors

Arbeitsgruppe Cyberdemokratie: „Das Internet als interaktives Medium. Theoretische Grundlagen“.

<http://student.sowi.hu-berlin.de/cyberdemokratie/ebene3-1.html> vom 28.02.2001.

Barlow, John Perry: „John Perry Barlow’s Independence Declaration“.
<http://info.bris.ac.uk/~lwmdcg/Dol.html> vom 17.02.2001.

Böhm, Helga; Hertewich, Vera: „Internet und Demokratie“.
<http://alf.uni-bremen.de/~hboehm> vom 17.01.2001.

Brückmann, Jürgen W.: „Datennetze“. In: Bollmann, Stefan; Heibach, Christiane (Hrsg.): Kursbuch neue Medien. Trends in Wirtschaft und Politik, Wissenschaft und Kultur. 2., durchges. Aufl. Mannheim: Bollmann Verlag 1996, S. 166-188.

Counsell, Annie; Schulzki-Haddouti, Christiane: „Die One-Touch-Methode“. In: Financial Times Deutschland. Connectis - Europas Magazin für E-Business. Nr. 9. St. Ives: Evenstrand Limited, S. 12 f.

Erling, Johnny: „Die Chinesen schwelgen weiter im Internet-Rausch. Trotz staatlicher Kontrollen wächst die Online-Gemeinde rasant - Neue Studie“. In: Die Welt vom 19.01.2001, S. 17.

Ludwig, Johannes: „Öffentlichkeitswandel durch "Gegenöffentlichkeit"? Zur Bedeutung computervermittelter Kommunikation für gesellschaftliche Emanzipationsprozesse“. In: Prommer, Elisabeth; Vowe, Gerhard (Hrsg.): Computervermittelte Kommunikation. Öffentlichkeit im Wandel. Band 26. Konstanz: UVK Medien 1998, S. 177-210.

Neidhardt, Friedhelm: „Jenseits des Palavers. Funktionen politischer Öffentlichkeit“. In: Wunden, Wolfgang (Hrsg.): Öffentlichkeit und Kommunikationskultur. Beiträge zur Medienethik. Band 2. Frankfurt/Main: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik 1994, S. 19-30.

Rilling, Rainer: „Auf dem Weg zur Cyberdemokratie?“
<http://www.bdwi.org/bibliothek/cyberdemokratie-text.html> vom 28.01.2001.

Roesler, Alexander: „Bequeme Einmischung. Internet und Öffentlichkeit“. In: Münker, Stefan; Roesler, Alexander (Hrsg.): Mythos Internet. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1997, S. 171-192.

Rötzer, Florian: „Interaktion - das Ende herkömmlicher Massenmedien“.

In: Bollmann, Stefan; Heibach, Christiane (Hrsg.): Kursbuch neue Medien. Trends in Wirtschaft und Politik, Wissenschaft und Kultur. 2., durchges. Aufl. Mannheim: Bollmann Verlag 1996, S. 57-78.

Scherer, Helmut: „Partizipation für alle? Die Veränderung des Politikprozesses durch das Internet“. In: Rössler, Patrick (Hrsg.): Online-Kommunikation. Beiträge zu Nutzung und Wirkung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998, S. 171-188.

Schulzki-Haddouti, Christiane: „Bundestag - So viel Transparenz wie möglich“. In: Financial Times Deutschland. Connectis - Europas Magazin für E-Business. Nr. 9. St. Ives: Evenstrand Limited, S. 20 f.

Tornow, Georgia: „Wir werden Organe züchten und Krebs heilen“. In: Vivian. Nr. 01/2001. Offenburg: Burda GmbH 2000, S. 28 f.

Aufsätze ohne Angabe des Autors

„Frauen über 50 surfen im Netz“. In: **WAZ** vom 26.02.2001, S. 4.

„ILO warnt vor der digitalen Spaltung. Weltarbeitsbericht: 95 Prozent der Weltbevölkerung ist noch ohne Zugang zum Internet“. In: **Die Welt** vom 31.01.2001, S. 16.

„Mehr als jedes dritte Kind gehört zur I-Generation“. In: **Die Welt** vom 17.01.2001, S. 16.

„Per Mausklick ins Amt - Rathäuser gehen online. E-Government wird die öffentlichen Verwaltungen revolutionieren“. In: **Die Welt** vom 06.02.2001, S. 4.